

VDIK fordert kundenfreundliches Antragsverfahren beim Umweltbonus



Die Bundesregierung hat den Entwurf der neuen Umweltbonusrichtlinie, die die Kaufprämie für Elektroautos regelt, abgestimmt. Demnach soll die Förderung ab 2023 gekürzt werden. Plug-In-Hybride fallen komplett aus der Förderung heraus. Auch eine kundenfreundliche Möglichkeit zur Reservierung der Prämie schon beim Kauf soll es weiterhin nicht geben.

Reinhard Zirpel, Präsident des Verbandes der Internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK) warnt davor, die Änderungen wie geplant umzusetzen: „Der Staat fördert Elektroautos, damit auch der Verkehrssektor die anspruchsvollen, vom Deutschen Bundestag beschlossenen Klimaziele erreichen kann. Mit den geplanten Kürzungen riskiert die Bundesregierung, dass der Elektroautomarkt in den kommenden Monaten und Jahren wieder an Dynamik verliert.“

Die Bundesregierung will darüber hinaus die restliche Fördersumme auf 3,4 Milliarden Euro deckeln und das bis vor wenigen Jahren übliche zweistufige

Antragsverfahrens nicht wieder einführen. Der Kunde weiß daher zum Zeitpunkt des Kaufs nicht, ob er die Förderung erhalten wird. Zirpel weiter: „Es entsteht eine Förderung nach dem Windhundprinzip, die das Gegenteil von Planungssicherheit bedeutet. Wir befürchten, dass viele Käufer auf diese Unsicherheit reagieren und auf den Kauf eines Null-Emissions-Fahrzeugs verzichten werden. Die Koalitionspartner sollten ihre Entscheidung überdenken und wenigstens ein für den Kunden berechenbares Antragsverfahren einführen.“